

präzisen befriedigt. Aus Rom wird noch gemeldet, die italienische Regierung werde in der Neuparade vor dem italienischen Deutschland und Frankreich ihre Vermählung anstreben. Kein Vorwurf dieser Art sei aber in Paris eingetroffen. Ohne Zweifel hätten zu diesem Bericht die jüngsten Verhandlungen des italienischen Botschafters mit Vincenzo Anselmi gegeben.

Gauvau erachtet sich in einem Beitrag des holzbalzischen "Petit Journal" im folgenden Aufsatz darüber: Eine so helle Operation, wie die Besetzung des Ruhrgebietes müsse zu Ende geführt werden. Ungeheuerliches des Widerstandes der deutschen Regierung darf nicht damit geprägt werden, das Ruhrgebiet und das ganze Rheinland, das wir besetzt haben, mit einer Sollgrenze zu umschließen. Die Erzeugnisse dieses Bezirks, die nach dem nichtbesetzten Deutschland bestimmt sind, dürfen nicht hinausgelassen werden, ohne daß die von der Reparationskommission festgesetzte Abgabe bezahlt wird. Wenn der Widerstand anhält, muß noch weitergegangen werden. Aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet und aus dem Gebiet zu beiden Rheinufern muß ein unabhängiger Staat wie Belgien und Holland gemacht werden.

Der Besatzungsraum in Elsass hat eine weitere Verschärfung erfahren, indem jetzt auch Aufzüge und Umzüge der für Versammlungen vorgeschriebenen Genehmigung, die drei Tage vorher eingeholt werden müssen, unterliegen. Auch sonst macht sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag spürbar. Entgegen der Gevlogenheit einiger Geschäfte, von geringen Beständen an einzelne Personen nur bestimmte Mengen abzugeben, verlangen die Franzosen, daß jede von ihnen verlangte Menge abgegeben wird, so daß einzelne Geschäfte schon fast leer gekauft sind. Die Preise steigen sprunghaft. Die Besatzungstruppen sind bisher in 10 Volksschulen und einer höheren Schule untergebracht und der Schulunterricht hat in den französischen Schulen ausgesetzt werden müssen.

Die Bauschäden in Baden. Wie von zuständiger Stelle verlautet, trifft die vom französischen Kriegsministerium veröffentlichte Darstellung über die Zerstörungen, die sich nach der Besetzung Böckums am Abend des 15. Januar in Böckum abgespielt haben, nicht zu. Der Infanterieposten, der den Bahnhof besetzt hielt, ist von der Menge weder angegriffen noch beschossen worden. Richtig ist vielmehr, daß die Franzosen ohne weiteres mit Maschinengewehren gegen die Besatzung vorgegangen sind. Die Angelspannen, die am Bahnhofsgebäude festgestellt wurden sind, rührten von französischen und nicht von deutschen Augein her. Die Menge ist vollkommen waffenlos gewesen. Diese Tatsache wird dadurch bestätigt, daß die Franzosen selbst zugeben müssen, daß kein französischer Soldat verlegt wurde. Im Ganzen genommen stellt die Verantwortung des französischen Kriegsministeriums den Versuch dar, die deutsche Bevölkerung für die Nervosität der französischen Besatzungstruppen verantwortlich zu machen, nach allem ein Versuch, der an den tatsächlichen Vorgängen scheitern muß.

#### Die Kohlenfrage.

Das Reichsministerium hat gestern, zuerst allein, und dann gemeinsam mit dem preußischen Kabinett die Vorgänge im Ruhrgebiet und die aus der Invasion sich ergebenden politischen und wirtschaftlichen Rückwirkungen beraten.

Waut "B. T." wird sich der Reichskohlenrat am Freitag mit der Ruhrlage beschäftigen, wie sie durch die Ruhrbesetzung entstanden ist. Nach einer Mitteilung des Reichskohlenkommisars ist die "Voss. Zeitung" ist die Stadt Berlin vorläufig mit Kohlen ausreichend eingedeckt. Die Berliner Gasgesellschaft hat für etwa zwanzig Tage Kohlen. Die städtische Gasanstalt haben Kohlenvorrat für 8–10 Tage. Die Elektrizitätswerke sind für 14 Tage versorgt. Im Eisenbahndirektionsbezirk reichen die während des Sommers aufgehäuften Vorräte 1½ Monate. Zu der in der Tagesschau veröffentlichten Meldung über die angebliche Beschädigung sämtlicher Steinkohlenvorräte in Berlin steht, die Preußische Rohstoffwirtschaftsstelle in den Märkten mit, daß eine Beschädigung weder von ihr noch von einer anderen Stelle verfügt worden ist. Es handelt sich lediglich um eine Bestandsaufnahme aller bei dem Berliner Kohlengroßhandel laufenden und noch eingehegenden Steinkohlenmengen, um, soweit dies erforderlich ist, den lebenswichtigen öffentlichen Werken bei eintretender Störung der Kohlenzufuhr ausstellen zu können.

Die "Frankfurter Zeitung" meldet: Der badische Arbeitsminister Engler teilte in der Trauerverkammerung in Freiburg mit, daß Frankreich verschiedene deutschen Ländern, darunter Baden, bei den Kohlenlieferungen in Absicht gestellt habe. Der Minister betonte, daß Baden diese einzige ge Bevorzugung ausgeschlagen habe, da sie den anderen Bundesstaaten zum Nachteil gereichen würde. In diesem Zeitpunkt drohender Feindsein dürfte es keinen Partikularismus einzelner Bundesstaaten geben. Mehr als je müsse der Gedanke des einzigen deutschen Volkes im gemeinsamen deutschen Vaterlande zur Geltung kommen.

Wie die Agentur Havas berichtet, haben gestern sechs der Reichenbesitzer aus dem Bezirk Chien die Requisitionssorderungen erhalten, und zwar jeder einzeln. Weitere Requisitionssbefehle sollten geliefert werden, so daß sämtliche Grubenbesitzer baldigst im Besitz der Requisitionssbefehle sein würden. Die Grubendirektoren werden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht, d. h. es werde ihnen mit dem Prozeß vor dem Militärgericht gedroht.

Havas eine Konfiszierung der Bergwerke erfolgen würde, und die vorhandenen Kohlen beschlagnahmt werden sollten, so würde, wie den Blättern mitgeteilt wird, diese Maßnahme jedenfalls den Franzosen kein Geld einbringen, mit dem sie die Bergarbeiter bezahlen könnten. Auf den Halden würden sie kaum lohnend vorfinden, als es ihren Wünschen entspricht. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Achtung vor dem Geschäftsgesetz in internationalen Grundlagen festgelegt ist.

Italienische Festungen veröffentlichten eine Nachricht, wonach Reparationskohle für Italien auf Bewilligung der deutschen Regierung in der Schweiz angehalten worden sei. Wir erfahren demgegenüber, daß von der deutschen Regierung keinerlei Beschädigungnahme von Reparationskohlelieferungen an Italien verfügt, daß vielmehr Unterstreichung gegeben worden ist, diese Lieferungen fortzusetzen.

#### Weitere Auskünfte.

Havas berichtet, die französische und die italienische Regierung haben den Befehl zur sofortigen Ausdehnung der Domänenstellen auf dem linken Rheinufer erlassen als Sanktion für die am 20. Dezember durch die Reparationskommission festgesetzten deutschen Verfehlungen bei den Gaslieferungen.

Das "Journal" berichtet, daß eine neue Abteilung

Auskünfte zur Verbesserung der Milizion Coche abgerufen ist. Nach einer Havasmeldung hat Mussolini von der französischen Regierung Auskünfte über den Umgang der Besetzung des Ruhrgebietes und der Belästigung der Kontrollkommission verlangt. Die italienische Regierung werde in der Reparationsfrage ihre Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich anstreben.

Auch der Hauptkoch der Gianni-G. m. b. H. verlegt.

Der Hauptkoch der Gianni-G. m. b. H. ist von Berlin-Mitte nach Hamburg verlegt worden, wo sich bisher eine zweite Niederlassung befand.

#### Verbot der "Berliner Illustration".

Von der französischen Besatzungsbehörde wurde "Die Große Berliner Illustration" wegen einer Abbildung in Nr. 8 für das besetzte Gebiet verboten. Es handelt sich um eine rein persönliche Denkschrift. Niemand sei ermordet worden, einen solchen Plan im Namen der amerikanischen Regierung vorzulegen.

#### Von der Reparationskommission.

Wie Havas aus Paris mitteilt, hat die Reparationskommission der deutschen Regierung offiziell notifiziert, daß der nächste Zahlungstermin nach dem Londoner Zahlungsplan vom 15. Januar durch Beschluss der Reparationskommission auf den 21. Januar verschoben sei. Diese Note ist unterschrieben von Barthou, Delacroix und Salzano Maggi. Der englische Delegierter hatte sich entschlossen, diese Mitteilung nicht zu unterzeichnen.

Havas berichtet über die nächsten Maßnahmen: Aufgrund der schweren Verschärfungen Deutschlands durch die folgenden Vergewaltigungen Deutschlands durch die unter militärischen und deutscherlichen Vorwänden verdeckte französische Beleidigung des Ruhrgebietes seinerzeit Trauer, aufrüttende Brüderlichkeit, Teilnahme und tiefen Sorge um die Zukunft Ausdruck gibt. Das Telegramm schlägt: Möge die Not das deutsche Volk einstmals zusammenführen zur Überwindung dieser schweren Zeit und ihm den Weg zur Freiheit weisen. (Redaktionsergebnis)

Präsident Voche dankt dem Salzburger Landtag und knüpft daran, während sich die Abgeordneten erhoben,

#### Deutscher Reichstag.

Zu Beginn der Sitzung verlas Präsident Voche ein von Salzburger Landtag eingegangenes Telegramm, in welchem der Landtag wegen der neuzeitlichen wider alles Recht erfolgten Vergewaltigungen Deutschlands durch die unter militärischen und deutscherlichen Vorwänden verdeckte französische Beleidigung des Ruhrgebietes seinerzeit Trauer, aufrüttende Brüderlichkeit, Teilnahme und tiefen Sorge um die Zukunft Ausdruck gibt. Das Telegramm schlägt: Möge die Not das deutsche Volk einstmals zusammenführen zur Überwindung dieser schweren Zeit und ihm den Weg zur Freiheit weisen. (Redaktionsergebnis)

Präsident Voche dankt dem Salzburger Landtag und knüpft daran, während sich die Abgeordneten erhoben,

folgende Ausführungen:

Nach den neueren Nachrichten ist kein Zweifel mehr, daß die militärische Beleidigung des Ruhrgebietes das erste Bekenntnis der französischen Verfehlungen ist. Der Befehl an den Sohn des Kommandanten durch das Singen von Siebern, das die Grobheit als gegen sich gerichtet betrachtet haben. Das genügte, um die fremden Soldaten zu veranlassen, in die Beute einzuziehen und Blut zu vergießen. Dieses Blut kommt an das Haupt der Männer in Paris, die den militärischen Glanz gegen das unbewaffnete Volk des Ruhrgebietes befohlen haben. Ich wiederhole blutende Herzen meine Mahnung zur Besonnenheit an die Landsleute im Ruhrgebiet, aber auch die Warnung an die Gewalthaber, die aus diesem Vorgang sehen müssen, daß, wenn sie dies nicht hört, gebietet, sie einem furchtbaren Ende entgegen treiben. Sie müssen endlich einsehen, daß die täglich erweiterte Beleidigung die Reparation nicht fördert, aber das und Erdbeben ins Niedergang treibt. (Redaktionsergebnis)

Der Präsident erhält die Erwähnung eines Initiativvorschlags aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschnationalen auf die Tagesordnung zu legen:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats, diejenigen geistlichen Maßnahmen anzubringen, die sich zur Abwendung der aus den wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen. Die Verordnungen sind dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf seine Verlangen außer Kraft zu setzen.

Darauf wurden mehrere Anträge erledigt.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Hoch (D. B.) wurde bestätigt, daß die französische Besatzungsbehörde einen Düsseldorfer Arbeiter wegen einer harmlosen Neuerung ausgewiesen hat und das die Zurücknahme der Ausweisung des französischen Bürgermeisters von Düsseldorf an die Bedingung des französischen Bürgermeisters von Düsseldorf an die Bedingung gebracht wurde, daß er kein öffentliche Amt mehr ausübe und sich jeder politischen Tätigkeit entziehe. Der französische Offizier, der auf dem Bahnhof in Düsseldorf einen Schaffner geschlagen und verhaftet habe, als dieser nach dem Abmarsch ausgewiesen wurde, habe einen Verweis erhalten.

Ein Gesetzentwurf, der den Reichsarbeitsminister ermächtigt, die Ortslöste und Arbeitsverdienste der landwirtschaftlichen Arbeiter für Versicherungszwecke der Geländebeleidigung anzuwenden, wird in erster und zweiter Lesung debattiert und angenommen.

Sodann kommt der sozialistische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Bearbeitung der fehlenden sozialen Produzenten, Groß- und Kleinhandel die Warenpreise unbedingt erhöht haben.

Abg. Hänel (Soz.) begründet den Antrag und meint, daß die Gesetzesabsichten für deutsche Waren nicht entfernt so gestiegen seien, daß die Auspostaung an den Weltmarktpreis gerechtfertigt wäre. Die Ruhrbesetzung noch stärker, daher müsse die Regierung dafür sorgen, daß die Wirtschaft des Vaterlandes nicht wieder allein auf die Schultern des Proletariats gelegt werden kann. Nur auf dem Wege der Gesetzgebung, durch eine gewisse Nationalisierung der Wirtschaft und durch Einschränkung der sozialen Macht der Kartelle und Syndikate könnte die Gewinnabsicht der Schwerindustrie begrenzt werden.

Abg. Körber (Soz.) protestiert dagegen, daß die Frage der Nahrungsmitteleinsorgung auf Kartellfrage gemacht werde. Die Ernährungsfrage werde am besten gelöst durch eine Zusammenarbeit der großen Organisationen der Produzenten, Händler und Konsumenten. Die Warenpreise gegen die selbständigen Gewerbetreibenden seien ungerecht und ohne den freien Handel sei eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung nicht möglich. Die Beleidigung des Ruhrgebietes lehre uns, daß alle Schichten des Volkes zusammen stehen müßten, um die furchtbaren Folgen des Gewaltstrikots zu lindern. Dem Untersuchungsausschuß kommt Redner zu und tritt auch für eine Einschränkung der Allmacht der Kartelle und Syndikate ein.

Abg. Hammer (D. P.) begrüßt es, daß der Antrag zwischen in folgende Hoffnung gebracht worden sei. Die Regierung wird erlaubt, der unbedeuteten Erhöhung der Warenpreise der Produzenten, Groß- und Kleinhändler mit allen Mitteln entgegen zu wirken. In dieser Form sei der Antrag eher unzulässig, weil die unbedeutigen Angriffe gegen einzelne Erwerbsklassen auf ihn verschwunden seien.

Abg. Seydel (D. B.) hält gleichfalls die Ausschaltung aller politischen Tendenzen bei der Behandlung dieser wirtschaftlichen Fragen für notwendig. Seine Partei verurteilt jeden Wucher, deshalb stimme sie dem jetzigen Antrag zu. Wenn das ehrbare Unternehmertum sich gegen den Verlust seiner Existenz wehrt, so sei das verständlich, das treffe auch für die Kartelle zu. Auswüchse müßten bekämpft werden, aber man dürfe das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Deshalb könne die Förderung des Wiederbeschaffungspreises nicht als Wucher betrachtet werden und bei entsprechender Anwendung dürfte die bisherige Wucherregelung ausreichen.

Abg. Dr. Dr. Böhmer (Dem.) sieht die Hauptwiderstandsfaktoren bei uns unsere Nahrungsmitteleinsorgung, vor allem die mit Milch, die die Kosten der Bevölkerung nicht ausreicht. Dem könnten Wuchergerüchte nicht abhelfen, sondern nur positive Hilfemaßnahmen.

Noch kurzer weiterer Debatt wird der abgedämpfte sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Es folgt der zu Beginn der Sitzung verlesene Antrag auf Erlass eines Ernährungsgesetzes, der neben den Unterdrücken der vorsätzlichen Kartelle auch die der sozialdemokratischen Parteien erfasst.

Abg. Niemann (Soz.) erklärt, die Unterdrückung seiner Fraktion ist nur durch einen Antrag des Reichstagsbüros unter dem Titel "Kartell" gekommen. Seine Fraktion habe ihre Zustimmung dann nicht gegeben, sie sei vielmehr dagegen, daß der Reichstag in dieser kritischen Situation einander gehen möge.

Abg. Höhlein (Kom.) protestiert gegen den Antrag, der

#### Deutschlands Brot- und Sachlieferungen.

Zu den letzten Ausführungen Poincarés über die Brot- und Sachlieferungen Deutschlands wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß der Wert der Wiedereinführung an Frankreich für 1922 bei den Verabredungen und den Sachlieferungen im Werte von 1605,9 Millionen Goldmark nur 24 Millionen Goldmark beträgt. Gegenüber der Bedeutung, daß Deutschland bislang lieferungen nur gegen Vorauszahlung zu leisten bereit ist, wird daran erinnert, daß die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehenden Reparationsholzlieferungen die Einflüsse englischer Kohle notwendig machen. Deutschland war daher gezwungen, um ein mehrjähriges Moratorium einschließlich der Sachlieferungen zu bitten unter Vorbehalt der Fortführung von unentgeltlichen Leistungen für die zerstörten Gebiete einschließlich der Hoben. Der Vorwurf, das Holzlieferndat ist auf dem Markt gesunken, ist in sehr bedenklichem Maße gesunken. Die Regierung sei jedoch bemüht, die Einfuhr von Fleischfleisch in erheblichem Maße verringert. Die Brotverordnung in Deutschland fehlt ausreichend, sodass eine Brotwirtschaft nicht in Frage kommt.

Der Vorwurf, das Holzlieferndat ist auf dem Markt gesunken, ist in sehr bedenklichem Maße gesunken. Die Regierung sei jedoch bemüht, die Einfuhr von Fleischfleisch in erheblichem Maße verringert.

Die Ernährungs- und Wirtschaftslage.

In einer Auskunde zwischen dem Reichsnährungsminister Dr. Lüthje und den Gewerkschaftsführern aller Rüstungen erklärte der Minister, daß die Rüstungsabgaben an Frankreich für 1922 bei den Verabredungen und den Sachlieferungen im Werte von 1605,9 Millionen Goldmark nur 24 Millionen Goldmark beträgt. Gegenüber der Bedeutung, daß Deutschland bislang lieferungen nur gegen Vorauszahlung zu leisten bereit ist, wird daran erinnert, daß die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehenden Reparationsholzlieferungen die Einflüsse englischer Kohle notwendig machen. Deutschland war daher gezwungen, um ein mehrjähriges Moratorium einschließlich der Sachlieferungen zu bitten unter Vorbehalt der Fortführung von unentgeltlichen Leistungen für die zerstörten Gebiete einschließlich der Hoben. Der Vorwurf, das Holzlieferndat ist in sehr bedenklichem Maße gesunken. Die Regierung sei jedoch bemüht, die Einfuhr von Fleischfleisch in erheblichem Maße verringert. Die Brotverordnung in Deutschland fehlt ausreichend, sodass eine Brotwirtschaft nicht in Frage kommt.

Die Ernährungs- und Wirtschaftslage.

Wie das "B. T." meldet, wendet sich das vom Reichs-

fachheit hergestellte Schanzkästchen gegen Alkohol-

missbrauch und Schlemmerei und fasst die Errichtung von Raststätten an erheblich schwierige Bedingungen als